

Fraktionen CDU & Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Wesel – Reeser Landstraße 31 – 46483 Wesel

Herrn Landrat
Ingo Brohl

Herrn Ausschussvorsitzenden
Richard Stanczyk

An die
Vorsitzenden der Fraktionen, Gruppen und die
Einzelkreistagsmitglieder z. K.

Wesel, 17.02.2025

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Arbeit am 19.03.2025; Sitzung des Kreisausschusses am 03.04.2025; Sitzung des Kreistags am 10.04.2025; hier: Antrag und Anfrage zur Istanbul-Konvention und Resolutionen der Räte der Städte und Gemeinden aus dem Kreis Wesel

Sehr geehrter Herr Landrat Brohl,
Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Stanczyk,

die Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen bitten nachfolgende Fragen in der o. g. Sitzung sowie schriftlich zu beantworten und folgende Beschlussfassung herbeizuführen:

Fragen:

1. Gibt es einen aktuellen Sachstand der Bundesregierung zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Nachgang zum Beschluss des Gewalthilfegesetzes am 31.01.2025 im Deutschen Bundestag?
2. Wie ist der Sachstand zum Thema Ausbau von Frauenhausplätzen auf Landesebene?
3. Die meisten Frauenhäuser im Land NRW sind in Trägerschaft von eingetragenen Vereinen in Mitgliedschaft des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, in Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände wie Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonisches Werk und dem Sozialdienst katholischer Frauen. Einige wenige sind in kommunaler Trägerschaft. Gibt es seitens der Träger bereits Anfragen an die Kreisverwaltung Wesel?
4. Wie viele der in Frauenhäusern des Kreises Wesel untergebrachten Frauen haben vorher im Kreis Wesel/nicht im Kreis Wesel gelebt?

Antrag:

1. Mit Blick auf die Resolutionen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention aus den Städten und Gemeinden des Kreises, beispielsweise aus Neukirchen-Vluyn, Rheinberg und Hünxe, bitten die anfragenden Fraktionen den Landrat dieses Thema im Rahmen der nächsten HVB-Runde einzubringen und ein Meinungsbild zur Schaffung zusätzlicher Frauenhausplätze einzuholen.
2. Sollte sich eine eindeutige Haltung der Städte und Gemeinden zur Schaffung zusätzlicher Frauenhausplätze im Kreis Wesel ergeben (die über die Kreisumlage zu finanzieren wären), beantragen die Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vorbereitend eine Aufstellung der Nettokosten je zusätzlichem Frauenhausplatz im Kreis Wesel (Aufwand je Platz abzüglich der Leistungen aus SGB XII, Kosten für die Einrichtung der Frauenhäuser etc.).

Begründung:

Bereits seit längerer Zeit gibt es im Kreis Wesel die Debatte, ob und wie zusätzliche Frauenhausplätze zur Verfügung gestellt werden können. In jüngster Vergangenheit sind Initiativen zu der Schaffung zusätzlicher Plätze immer daran gescheitert, dass Bund und Land keine finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt haben, um diese zu finanzieren. Vor dem Hintergrund der Resolutionen aus zahlreichen Städten und Gemeinden, beispielsweise Neukirchen-Vluyn, Rheinberg und Hünxe, die eine Umsetzung der Istanbul-Konvention und die Schaffung neuer Frauenhausplätze fordern und mit Blick auf das am 31.01.2025 vom Bundestag beschlossene Gewalthilfegesetz fragen die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen an, ob sich auf Ebene des Bundes oder des Landes etwas an der ablehnenden Haltung zur Finanzierung zusätzlicher Frauenhausplätze getan hat.

Zudem beantragen die vorgenannten Fraktionen, dass der Landrat das Thema Frauenhausplätze in die nächste HVB-Runde einbringen möge, um ein Stimmungsbild der Städte und Gemeinden zu diesem Thema zu erfragen.

Sollte sich eine eindeutige Haltung der Kommunen ergeben, beantragen CDU und Bündnis 90/Die Grünen eine Aufstellung der Nettokosten je zusätzlichem Frauenhausplatz, um die Höhe der notwendigen Förderungen sowie der einzubringenden Eigenmittel des Kreises ermitteln zu können.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Frank Berger

Hubert Kück

f.d.R.

Lukas Bleilevens